

Folterwerkzeug den Garaus machen

Freie Wähler starten Unterschriftenaktion gegen die Straßenausbaubeitragsatzung – CSU hält „Sonntagsreden aus Banz“

GLASHÜTTEN
Von Julian Seiferth

Im Rathaus in Glashütten liegen rote Karten auf den Tischen, um sie herum Knabbereien und Kaffee. Auf den Karten steht in Weiß der Satz: „Rote Karte für die Strabs!“ „Strabs“, erklärt Florian Wiedemann, Kreisvorsitzender der Freien Wähler, „ist die Abkürzung für Straßenausbaubeitragsatzung“. Und um diese abzuschaffen, startete seine Partei am Montag eine Stimmensammlung. Ziel ist es, die für ein Volksbegehren notwendigen 25 000 Stimmen zu erreichen.

Bürgermeister Werner Kaniewski sprach von einem „denkwürdigen Ereignis“, das sich in seinem Rathaus abspielte. Die Freien Wähler hätten ein Thema aufgegriffen, das für die Bürger enorm wichtig sei. Kaniewski: „Wollen wir hoffen, dass diese unsinnige Regelung mit dem Volksbegehren abgeschafft wird.“ Landtagsvizepräsident Peter Meyer stellte im Anschluss fest, dass die erst 2016 auf ihren heutigen Stand gebrachte Richtlinie keine Abgabengerechtigkeit schaffe. „Wir haben durch Steuereinnahmen viel Geld im System. Das muss jetzt endlich auch den Gemeinden zugutekommen“, betonte er.

Auf diesen Punkt bezog sich dann Wiedemann: „Stellen Sie sich vor, Sie hätten sich mit viel Eigenleistung ein Haus gekauft und hergerichtet und hoffen jetzt auf finanzielle Sicherheit. Auf einmal verlangt die Gemeinde 20 000



Kreisvorsitzender Florian Wiedemann, Glashütten Bürgermeister Werner Kaniewski, der Landtagsabgeordnete der Freien Wähler Peter Meyer und Karl Lappe, Bürgermeister von Mistelgau (von links), setzten als Erste ihre Unterschriften auf die Liste der Strabs-Gegner.

Foto: Julian Seiferth

Euro für die Sanierung Ihrer Straße. Wollen wir das den Bürgern zumuten? Ich finde: Nein.“ Die Strabs sei aus mehreren Gründen ungerecht: „Die Straße wird ja nicht nur von den Anliegern genutzt. Außerdem trifft die Last momentan vor allem Bürger verschuldeter Gemeinden. Darüber hinaus haben

wir es hier mit einem regelrechten Bürokratiemonster zu tun, das unsere Gemeinden enorm viel Geld kostet. Dazu kommt, dass die Gemeinden dazu neigen, Investitionen in Straßen hinauszuzögern. Nachvollziehbar, denn kein Gemeinderat will sich mit seinen Wählern anlegen und erklären müssen,

warum sie jetzt so enorm belastet werden. Das führt dazu, dass die Investitionen – wenn sie denn kommen – extrem teuer werden und die Maßnahmen dann auf äußerst mitgenommene Straßen treffen.“ Dies sei aus den Töpfen der Kfz-Steuer finanzierbar – schließlich sei diese für die Instand-

haltung der Straßen erhoben worden. Den kürzlich gefassten Beschluss der CSU, die angekündigt hatte, sich der Sache anzunehmen, traut Wiedemann nicht. „Wir hatten den Antrag Ende 2017 zwei Mal eingebracht und dafür von der CSU nur Hohn und Spott geerntet. Was die CSU da verkündet hat, sind für mich erst mal nur Sonntagsreden aus Banz – und genau deshalb ist dieses Volksbegehren für die Bürger so wichtig.“

Bei der Veranstaltung in Glashütten war auch Karl Lappe anwesend. Der Bürgermeister der Nachbargemeinde Mistelgau bedankte sich bei den Freien Wählern dafür, dass sie sich dem Thema angenommen hätten. „Es ist weder zumutbar noch sozial, den Bürgern diese hohe Einzelbelastung abzuverlangen“, so Lappe. Er richtete auch eine Bitte an die anwesenden Politiker: „Bleibt jetzt dran! Wir haben es erst geschafft, wenn wir den Bescheid bekommen und die Gemeinderäte endlich beschließen können, dass dieses Folterwerkzeug für die Bevölkerung abgeschafft wird. Wir warten in den Gemeinden darauf.“

Wie stehen die Chancen auf einen Erfolg des Volksbegehrens? Florian Wiedemann ist da entspannt. „Um die benötigten 25 000 Unterschriften zu erhalten, müssen wir in die rund 2000 Gemeinden rausgehen und für das Anliegen werben. Ich bin optimistisch, dass uns das gelingt.“ Kurz darauf setzten die Anwesenden – zu denen auch der komplette Glashüttener Gemeinderat gehörte – ihre Unterschriften unter das Volksbegehren.